

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**12.01.2023
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Keine PPP-Projekte**

Einzelplan **18 Staatliche Hochbaumaßnahmen**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 18 01 Bezeichnung Staatliche Hochbaumaßnahmen

Produktnummer 011 Bezeichnung Vorarbeitskosten und weitere Maßnahmen

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	25.000.000	-2.820.000	22.180.000

Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	18.500.000	-2.990.000	15.510.000
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

PPP-Projekte haben sich generell zum Nachteil der öffentlichen Haushalte entwickelt. Entsprechende Kritik wurde auch mehrfach von Seiten der Rechnungshöfe geäußert, etwa durch die Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe in einer Erklärung vom 4. Mai 2010. Die Umbenennung der PPP-Projekte in "Kooperationsmodelle" im Landeshaushalt ändert substantiell nichts. Das Land Hessen verzichtet daher auf die nun als Kooperationsprojekte bezeichneten PPP-Projekte und baut generell in Eigenleistung.

Wiesbaden, 12.01.23

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske